

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Der totalitäre Anspruch des Islam

2

«Blackout» – nichts geht mehr

11

Neutralität heute

15

Eiger, Mönch und Jungfrau (aus Richtung Beatenberg)

Bild: Christoph R. Kunz, Matten bei Interlaken BE



Der legalistische Islam marschiert durch die Institutionen

Der totalitäre Anspruch des Islam

von Birgit Stöger, Journalistin, Augsburg BRD

Seit Jahren wird aus unterschiedlichen Richtungen versucht, den totalitären Anspruch des Islams zu verschleiern. Die im Westen exzessiv betriebene Differenzierung zwischen einem angeblich friedlichen Islam und einem gewalttätigen Islamismus verstellte den Blick darauf, was sich nahezu unbemerkt und deshalb auch unbehelligt in Deutschland (und zunehmend auch in der Schweiz – die Red.) entwickeln konnte: der sogenannte «legalistische Islam».

Nach dem 11. September 2001 («Nine Eleven»), nach Anschlägen wie jenen von Paris, Nizza, Dresden oder Wien, immer dann, wenn wieder einmal Opfer zu beklagen sind, weil ein sich dem Islam zugehörig Fühlender das umgesetzt hat, was in seiner «heiligen Schrift» geschrieben steht, immer dann wird reflexartig ein «islamistischer Hintergrund» ins Feld geführt oder von «islamistischem Terror» gesprochen.

Wie ein Schutzschild fungiert der künstlich erschaffene Begriff des «Islamismus», um den Islam der westlichen Bevölkerung als eigentlich harmlos (und nur den Islamismus als problembehaftet) verkaufen zu können. Mit diesem politisch gewollten Konstrukt soll der Islam vom Gewaltvorwurf entlastet werden.

Ziel ist der islamische Staat

Längst schon haben islamische Funktionäre erkannt, dass die Frage der Gewalt eine rein taktische ist. Nahezu unbemerkt wurde in den letzten Jahrzehnten eine weitere Spielart des Islam in Deutschland und Europa etabliert: der sogenannte «legalistische Islam».

Seine Vertreter lehnen offiziell Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele ab, dafür verfolgen sie ihre extremistischen Ziele mit politischen Mitteln innerhalb der bestehenden Rechtsordnung westlicher Staaten. Auch wenn sie sich nach aussen tolerant und aufgeklärt geben, so verfolgen sie doch systematisch eine Islamisierung der Gesellschaft und langfristig die Umformung des demokratischen Rechtsstaats in einen islamischen Staat.

Organisationen des legalistischen Islam

Die einflussreichste Organisation, welche die Taktik des legalistischen Islam erfolgreich anwendet, ist die Muslimbruderschaft, die in einigen islamischen Staaten, wie Tunesien, Jordanien oder dem Irak, legale politische Parteien gründen konnte. Nachdem ihre Vereinigung in ihrem Herkunftsland Ägypten verboten worden war, fanden ihre Vertreter Mitte der fünfziger Jahre via Asyl als Flüchtlinge den Zugang zu westlichen Ländern.

Vornehmlich in Genf und München errichteten die Radikalmuslime ihre ersten grossen Niederlassungen. Das Motto der Muslimbruderschaft gibt klare Auskunft über ihr Ziel: «Der Islam ist die Lösung». Das Logo der Bruderschaft – zwei unter dem Koran gekreuzte Schwerter, versehen mit der Aufforderung «Seid vorbereitet!» – zeigt die taktische Bereitschaft zur Gewalt. Für ihre Aktivitäten hier im Westen konnte die grösste Organisation des legalistischen Islam nahezu ungehindert eine Vielzahl von «Islamischen Zentren» gründen.

Eine weitere radikalislamische Bewegung, die seit den siebziger Jahren in erschreckendem Ausmass in Europa Fuss fassen konnte, ist die aus der Türkei stammende Milli-Görüs-Bewegung (IGMG – zu Deutsch: «Nationale Sicht»). Die türkische IGMG wurde 1985 unter der Bezeichnung «Vereinigung der neuen Welt-sicht in Europa» in Deutschland gegründet und geht auf den 2011 verstorbenen Necmettin Erbakan zurück, der nicht nur Gründervater der IGMG, sondern auch politischer Ziehvater des türkischen Präsident Erdogan war.

Wie ein Pilzgeflecht breitete sich die Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa (Atib) aus. Die Atib, Gründungsmitglied des Zentralrats der Muslime (ZDM) unter ihrem umtriebigen Vorsitzenden Aiman Mazyek, stellt dort den stellvertretenden Vorsitzenden und ist eine der mitgliederstärksten ZDM-Organisationen. Eine Gruppierung mit transnationalen Verflechtungen, die Hizb ut-Tahrir, strebt, wie alle legalistischen islamischen Bewegungen, die Errichtung eines weltweiten Kalifats via muslimischer «Massenmilitanz» an.

Dichtes Netzwerk

Heute verfügt der legalistische oder politische Islam über ein dichtes Netzwerk an Organisationen, Unterorganisa-



Praktische Autoprüfung B
Ein Begleitbuch zu den Fahrstunden.
Ein ideales Geschenk für einen Fahrschüler.
ISBN: 3-0344-0156-6

tionen und Moscheen-Gemeinden. Allein das Netzwerk der Muslimbruderschaft besteht nach vorsichtigen Schätzungen derzeit aus über zweihundert Organisationen, zahlreichen Bildungseinrichtungen und unzähligen Moscheen – verstreut in ganz Europa. Mit stark steigender Tendenz. Der muslimische Ahmadiyya-Muslim-Jamaat-Gemeinde (AMJ), von Islam-Experten als «Wolf im Schafspelz» bezeichnet, ist es gelungen, sich als gemässigter Reform-Islam zu verkaufen. Die Gemeinschaft unterscheidet sich im Glaubenskern jedoch kaum von anderen streng konservativen islamischen Gemeinschaften, ist das AMJ-Ziel doch ebenfalls das Kalifat. Unter Slogans wie «Liebe für alle und Hass für keinen» hat sich die islam-verliebte Politik von der Fassade der Ahmadiyya blenden lassen und – wie bereits in Hessen geschehen – den legalistischen Islamvertretern den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts verliehen.

Marsch durch die Institutionen

Was alle genannten Organisationen eint und nochmals in aller Deutlichkeit dargestellt werden muss: Ihre Vertreter lehnen offiziell Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele ab, dafür verfolgen sie ihre extremistischen Ziele mit politischen Mitteln innerhalb der bestehenden Rechtsordnung.

Auch wenn sie sich nach aussen tolerant und aufgeklärt geben: Das Endziel sowohl des militant betriebenen, wie auch des legalistischen Islam ist die Ab-

schaffung der Demokratie und die Errichtung eines weltweiten islamischen Staates unter einem Kalifat mit der Scharia als Rechtsordnung.

Die darin allumfassend gelebte islamische Ideologie – basierend auf dem Koran – teilt die Welt in «Gläubige» und «Ungläubige», also in Muslime und Nichtmuslime ein, propagiert die angebliche Überlegenheit des Islam gegenüber allen anderen Religionen und Weltanschauungen inklusive der Ablehnung allgemeiner Menschenrechte, der Trennung von Religion und Staat, sowie der Gleichwertigkeit von Mann und Frau.

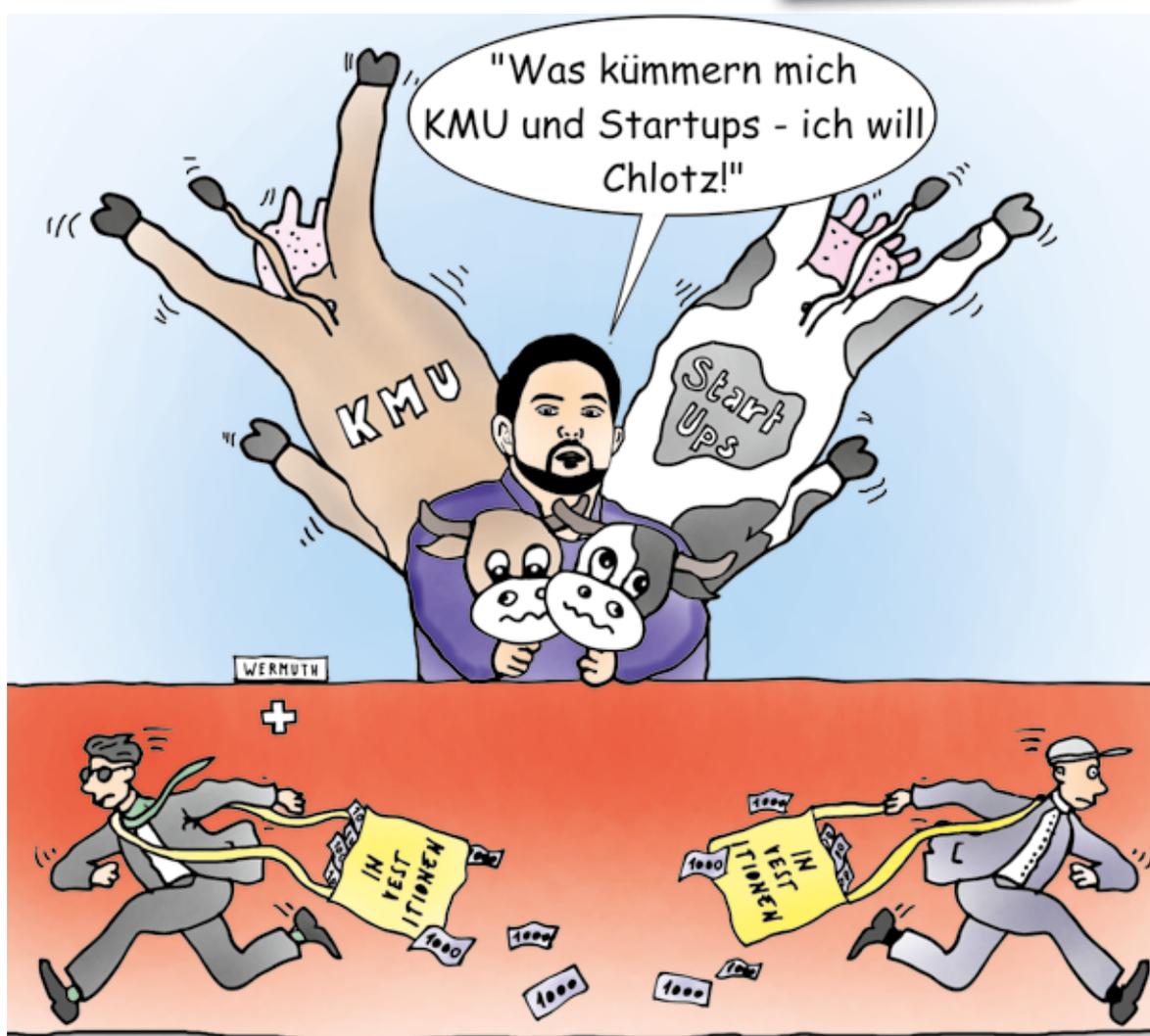
Langsames Erwachen?

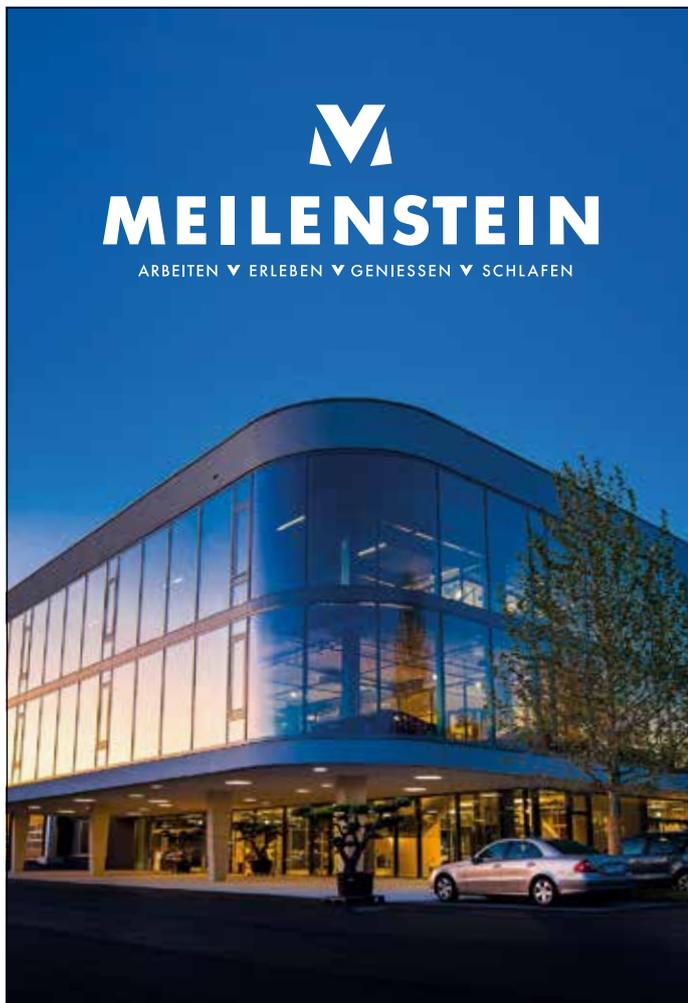
Langsam sickert in Parteien und in der einen oder anderen Redaktionsstube der Mainstreammedien die Erkenntnis ein, dass Vertreter des legalistischen Islam, zunehmend in Parteien, Behörden und Wohlfahrtsverbänden vertreten sind. Nahe an einem Erweckungserlebnis, warnte der Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen in seinem Jahresbericht 2020 in ungewöhnlich deutlichen Worten vor dem legalistischen Islam. Die Bedrohung für die freiheitlich demokratische Grundordnung, die von diesem Typus des Islams ausgeht, stufen die Verfassungsschützer langfristig grösser ein, als jene, die vom gewalttätigen, blutigen Dschihadismus fesselbärtiger Muslime ausgeht.

Fortsetzung auf Seite 5

*Emissionsabgabe vereitelt.
Die Investoren wenden sich
mit Grausen ab ...*

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Im Dienste Erdogans

Funktionäre des politischen bzw. legalistischen Islam sind an praktisch allen gesellschaftlichen, politischen oder medialen Schaltstellen aktiv. Erdogan-Lobbyisten vertreten in Deutschland die Interessen des islamischen Despoten vom Bosphorus und seiner AKP, u.a. in der vom Verfassungsschutz beobachteten Union Internationaler Demokraten (UID). Slogans wie «Lasst euch in den Einwanderungsländern einbürgern, dient aber eurem Herkunftsstaat Türkei!» gehören zum Standardrepertoire.

Fast alle türkischen konservativen oder muslimischen Organisationen in Deutschland haben – neben Verbindungen zu den Grauen Wölfen, zu Salafisten und teilweise sogar zum sogenannten «Islamischen Staat» – die Nähe zur AKP gemeinsam. Die AKP-Propaganda der Türkei wird durch diese Vertreter des Legalistischen Islam direkt nach Deutschland getragen. Dies geschieht in Veranstaltungen, sozialen Projekten oder in Moscheen. Deutsche Parteien – Ausnahme dürfte hier einzig die AfD sein – gelten ebenfalls längst schon als vom politischen Islam unterwandert. Die 2020 von Thilo Sarrazin getroffene Feststellung, dass die gegenwärtige SPD-Führung offenbar teilweise in den Händen fundamental orientierter Muslime sei, trifft auf alle Altparteien zu.

Ob die immense Gefahr, die vom legalistischen Islam ausgeht, erkannt wurde, darf bezweifelt werden, wenn die frischgebackene Bundesinnenministerin Nancy Faeser bei ihrer Amtsantrittsrede folgende Priorität setzt: «Ein besonderes Anliegen wird mir sein, die grösste Bedrohung, die derzeit unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung hat, den Rechtsextremismus, zu bekämpfen». Zum legalistischen, zum politischen Islam, der längst schon den Marsch durch die Institutionen angetreten und sich erfolgreich formiert hat, findet die SPD-Funktionärin kein einziges Wort.

Birgit Stöger

Der Artikel, hier in gekürzter Form, ist in «KOPP exklusiv» 51/21 erschienen. Wir danken für die freundliche Abdruck-Genehmigung.

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Wermuth



Wofür sorgt einer zuallererst, der als Politiker zwar Schlagzeilen auslösen will, der sich von beruflicher, einkommenssichernder Tätigkeit indessen konsequent fernhält?

Richtig! Er sorgt tagaus tagein vor allem dafür, dass die Staatskasse, aus der er sich seine Tätigkeit (oder Untätigkeit) unter Vorspiegelung allerlei Begründungen reichlich «entschädigen» lässt, immer voll ist. Dass sie denen, die Leistung erbringen, möglichst viel abzwackt, damit er, der ausser Sprechblasen-Produktion weitgehend nichts tut, möglichst hohe «Entschädigung» der Staatskasse belasten kann. Wenn Firmen mit ihren Arbeitsplätzen ob der wachsenden Gebühren, der laufend höheren Abgaben, der ständig zunehmenden Besteuerung zugrunde gehen – was schert das den auf Kosten der Staatskasse all seine Bedürfnisse befriedigenden politischen Marktschreier? Sollen doch die anderen, die noch existieren, vom Fiskus rücksichtsloser belastet werden – oder die Energie-Konsumenten, oder die Automobilisten ...

Derzeit – und das ist eine durchaus neue Entwicklung – tummeln sich im Bundeshaus zu Bern so gegen fünfundzwanzig «Volksvertreterinnen» und «Volksvertreter», die aus eigener Leistung früher nie auch nur annähernd soviel zu verdienen vermochten, wie sie der Öffentlichkeit heute für ihr Dasein zu Bern abzwacken. Sie leben nicht für die Bürgerinnen und Bürger, sie leben von den Bürgerinnen und Bürgern – und das nicht allzu bescheiden.

Spalte
rechts

Sie setzten neulich sogar die Einrichtung eines speziellen Beratungsbüros durch, das ihnen Ratschläge vermittelt, wie vorzugehen ist, auf dass sie auf Kosten der Steuerzahler das Maximum an finanzieller «Entschädigung» herausholen können. Cédric Wermuth war derjenige, der diese Berater in aller Öffentlichkeit massivst anpflaumte, weil sich die Eröffnung der Beratungsstelle seinerzeit um rund eine halbe Stunde (!) verzögerte.

Dass es Politiker gibt, welche die Schweiz zunehmend als Schmarotzokratie einschätzen, ist schlimm genug. Noch schlimmer aber ist, dass nahezu alle sich zu Bern tummelnden Medienleute diese Schmarotzerei zu Lasten der Öffentlichkeit geflissentlich «übersehen». Links und Links gesellt sich gern ...

Ulrich Schlüer

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Windenergie

Nur gerade einmal 7,1 Prozent Effizienz im vergangenen Jahr 2021 weist der Windpark Gries beim Nufenenpass aus. Er produzierte umgerechnet an 622 von möglichen 8'760 Stunden im Jahr Strom. Der neu eingeweihte Windpark Gotthard, der von der Windlobby als riesiger Fortschritt gefeiert wurde, war mit 10,5 Prozent Effizienz nicht viel besser. Zusammen produzierten die beiden Windparks 16,5 Gigawattstunden (GWh); das sind lächerliche 0,03 Prozent des Schweizer Stromverbrauchs!

(Schweiz. Verband für vernünftige Energiepolitik, 15.02.2022)

Lenkungswirtschaft

Die politische Instrumentalisierung der Themen Klimawandel und Coronavirus bedroht das Erreichte, wirft dunkle Schatten voraus. Hinter ihr sammeln sich die antikapitalistischen Kräfte, die unter der Überschrift «Great Reset», «Grosse Transformation» und «Neue Weltordnung» die wenigen verbliebenen

Reste des freien Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auch noch zertrümmern und auf seinen Ruinen eine Befehls- und Lenkungswirtschaft errichten wollen: Die Menschen sollen ihr Leben, ihre Geschicke nicht selbstbestimmt in einem System freier Märkte gestalten, sondern von zentraler Stelle gesteuert werden. Was produziert wird und wer konsumiert, soll von oben, von einem Zentralbüro, einer Weltelite-regierung bestimmt werden – repräsentiert von einem Kartell der Staaten, das wiederum eingenommen ist von mächtigen Akteuren aus Big Business, Big Pharma, Big Tech und Big Banking und das gegenüber der recht ahnungslosen Bevölkerung (schein-)legitimiert wird durch Wissenschaftsexperten.

(Thorsten Polleit in «Degussa Marktreport»/»eigentümlichfrei«, 03.02.2022)

Masseneinwanderung

Es zeigt sich, dass der Strom von Menschen, die in der Schweiz leben wollen, ungebrochen stark ist. Vorsichtig geschätzt, entspricht der Wanderungssaldo von Januar bis November 2021 56'800 Personen. Dieses Ergebnis ist entscheidend. Es legt offen, wie viele Menschen unter dem Strich hierzulande neu leben, wenn man die Zahl der Ausgewanderten von jener der Eingewanderten abzieht.

(Marcel Odermatt in «Weltwoche», 03/22, 20.01.2022)

Verbote-Schweiz

Mit dem Ja zum Verbot der Tabakwerbung verabschiedet sich die Schweiz ein weiteres Stück von ihrer freiheitlichen Ordnung, die wesentlich zu ihrem Erfolg beiträgt. Aus Sicht der SVP ist das Tabakwerbungsverbot ein unzulässiger und obendrein das Ziel des Jugendschutzes verfehlender Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Die SVP wird sich mit aller Kraft auch im kommenden Wahljahr dafür einsetzen, das zerstörerische Treiben der links-grünen Bevormundungspolitik zu stoppen.

(SVP, 15.02.2022)

SRG-Abzocke

Schon im letzten Mai haben die Zeitungen von CH Media berichtet, dass sich die achtköpfige Geschäftsleitung der SRG hohe Boni ausbezahlt, obwohl die SRG für fast 600 Mitarbeiter Kurzarbeit beantragt hatte. Medienministerin Simonetta Sommaruga hat die Auszahlung der SRG-Boni im Corona-Jahr 2020 dann auch als «unsensibel» kritisiert.

Doch was hat die Geschäftsleitung der SRG nach dieser berechtigten bundesrätlichen Rüge gemacht? Sie haben ihren variablen Lohnanteil von etwa 20 Prozent der Lohnsumme, also ihre Boni, per 1. Januar einfach in ihre Fixlöhne integriert. Die Fixlöhne wiegen den Verlust der durchschnittlichen Boni auf. Künftig kommt es auf Leistung also nicht mehr an.

Im Corona-Jahr 2020 hat der SRG-Generaldirektor Gilles Marchand 553'000 Franken bezogen. Das ist einiges mehr als ein Bundesrat verdient. Die übrigen sieben Geschäftsleitungsmitglieder haben im Durchschnitt 390'000 Franken bezogen. Was genau waren denn ihre Erfolge, die ihre Boni rechtfertigen würden? Ein Newsroom, der nicht funktioniert und trotzdem jedes Jahr 6 Millionen kostet? Sinkende Werbeeinnahmen? Die systematischen Frühpensionierungen? Das Davonlaufen der besten Moderatoren? Das Absetzen der einzigen Wirtschaftssendung? Das Verlieren der Rechte an der Champions League und dem Grossteil vom Eishockey?

(NR Thomas Matter, «In den Sümpfen von Bern», Episode 176, 16.02.2022)

Canon Plotter A0

inkl. Standfuss
für CAD/GIS und Plakate
2560 Düsen pro Farbe,
Auflösung 2400 x 1200 dpi
Rollen/Bogen A4 bis A0
7,6 cm LCD-Touchscreen

Fr. 1990.-

OCoTex AG – 041 799 50 00

exkl. MWST.

Fleiss und Einsatz sind wieder gefordert

Vom Agrar- zum Nannystaat

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

In der Schweiz haben wir es in gut 100 Jahren vom armen kleinen Agrarstaat zu einem wohlhabenden Land gebracht. Doch unser Erfolgsrezept ist in Gefahr.



Wir haben fast keine Bodenschätze und eine weitgehend gebirgige oder zumindest hügelige Topografie. Auch unser Klima ist nicht das mildeste. Durch überdurchschnittlichen Fleiss und grossen Einsatz wurde in jahrzehntelanger Arbeit das Fundament für unseren heutigen Wohlstand gelegt. Sicher hatten wir in der

Schweiz auch grosses Glück, denn wir blieben vor den verheerenden zwei Weltkriegen weitgehend verschont.

Standhafte Neutralität

Doch Glück allein war das nicht, sondern unsere Vorfahren waren standhaft genug, neutral zu bleiben. Niemand liebt den Neutralen, der sagt: «Nein, mit Deiner Sache mache ich nicht gemein.» Es wäre immer einfacher gewesen, mit den Wölfen zu heulen, aber oft verheerend. Vor allem seit dem Zweiten Weltkrieg wurde dank unserer besonderen Staatsform grosser Wohlstand erreicht. Mittlerweile haben wir gelernt, dass unser Wirtschaften umweltverträglich und nicht auf Teufel komm raus sein muss, um nachhaltig zu sein.

Plus vierzig Prozent in zwanzig Jahren

Die Verdoppelung unserer Einwohnerzahl innert siebzig Jahren muss aber kritisch gesehen werden. In meinem Kanton haben wir in den vergangenen zwanzig Jahren eine Bevölkerungszunahme um vierzig Prozent auf 280'000 Einwohner erlebt. Innert zwanzig Jahren haben sich die Immobilienpreise fast verdoppelt. Überbevölkerung führt zu Dichtestress und Landverschleiss.

Der Nannystaat

Bis vor kurzem wurde bei uns in der Schweiz eigenverantwortliches Handeln eines jeden einzelnen Bürgers gross geschrieben und gefördert. Überdurchschnittlicher Fleiss und Einsatz wurden belohnt. Der Staat traute seinen Bürgern etwas zu. Dies hat sich aber in letzter Zeit grundlegend geändert. Mittlerweile wird uns sogar vom Staat gesagt, wie oft wir die Hände waschen müssen.

Dominierende links-grünliberale Elite

Alle Bereiche des täglichen Lebens werden zunehmend reglementiert. Was nicht erwünscht ist, wird von der dominierenden links-grünliberalen «Elite» verboten. Ämter und Verwaltungen in allen Lebensbereichen werden zusehends mächtiger und «unentbehrlicher». Die Kontrolleure und Beauftragten von Ämtern sind unsere «modernen Vögte». Eigeninitiative wird nicht gefördert und belohnt, sondern zunehmend verhindert und bestraft.

Kalte Verfassungsrevision

Bald traut sich niemand mehr, Eigenverantwortung zu übernehmen. Erfahrung von Praktikern gilt nichts mehr. Gefragt sind heute Titelchen und Kursdiplome. In der gegenwärtigen Coronakrise treten die Auswüchse daraus besonders deutlich zu Tage. Die Macht haben auf dem Wege einer kalten – d.h. demokratisch nicht legitimierten – Verfassungsrevision der Technokraten und «Experten» übernommen.

Letzte Chance

Erkennen wir die Zeichen der Zeit! Ein Paradigmenwechsel ist unbedingt notwendig, will die Schweiz weiterhin erfolgreich bleiben und bestehen. Unser Wohlstand ist nicht in Stein gemeisselt. Werden wir wieder produktiv und hören wir auf, uns zu verwalten, wenn wir keine griechischen Zustände wollen. Ganz wichtig ist es, bei den nächsten Eidgenössischen Parlamentswahlen die richtigen Leute zu wählen, damit wir die Umkehr schaffen.

Hermann Lei

Churz & Bündig

«Si vis pacem para bellum»: Ein Friedensgrundsatz, der seinerzeit allen Lateinschülern im Geschichtsunterricht zum Altertum eingeprägt worden ist. Zu Deutsch: Wer Frieden anstrebt, muss den Krieg vorbereiten. Auf heute bezogen: Wer sich eine starke Verteidigungsarmee leistet, trägt am meisten zum Frieden bei. Die Schweiz hat diese Regel jahrzehntelang – erfolgreich! – ihrer Sicherheitspolitik zugrunde gelegt. Im Blick auf die Ukraine erhält man derzeit Anschauungsunterricht, was dem zu widerfahren droht, der diesen Lehrsatz der Geschichte nicht ernstnehmen zu müssen glaubte.

us

Leserbriefe

Was ist warum falsch gelaufen?

«SonntagsBlick»-Chefreaktor Gieri Caveltly hat am 6. Februar 2022 geschrieben: «Schlimmstenfalls könnte uns Sars-Covid-2 über Jahre immer wieder beschäftigen. Dennoch dürfen wir hoffen, dass es nun ein Ende mit dem Schrecken hat, den das Virus 24 Monate lang verbreitete. Es ist darum auch der Moment, zu fragen, was in dieser Zeit falsch gelaufen ist.»

Meine Antwort: Werter Herr Caveltly, ich kann Ihnen schon sagen, was falsch gelaufen ist: Es ist die ständige Panikmache der Systempresse, und Sie sind einer der Rädelsführer dieser verabscheuungswürdigen Staats-Propaganda. Es ist nicht das Virus, das seit zwei Jahren Angst und Schrecken verbreitet, sondern die Systempresse – zusammen mit den korrupten Politikern und Experten in unserem Land.

Konrad Rüegg, Ebnat-Kappel SG

Eine Entwicklung, die zu denken gibt

Die Parkplätze auf dem Klosterplatz in Rheinau wurden vor kurzer Zeit aufgehoben. Nur wenige Meter entfernt wurden neue Parkplätze geschaffen, deren Beschriftung zu denken gibt: Die Parkplätze sind abwechselnd mit «Besucher» oder «Besucherin» angeschrieben. Darf nun ein Mann sein Auto auch auf einem Platz abstellen, der mit «Besucherin» angeschrieben ist – und umgekehrt? Nicht zu vergessen sind



LACHEN VERBOTEN!

Der junge Politiker fragt einen Freund: «Fandest Du die Rede, die ich gestern gehalten habe, auch sehr flüssig?» Darauf der Freund: «Ich fand sie sogar überflüssig!»

natürlich jene Personen, die sich weder als «Mann» noch als «Frau» fühlen. Möglicherweise hat man die genannten Bezeichnungen dem besonders «eleganten» Wort «Besuchende» vorgezogen. Zu denken gibt diese Entwicklung alleweil.

Mario Sasso, Seuzach ZH

Schweiz im Uno-Sicherheitsrat?

Ein solches Engagement ist skandalös und nicht mit dem jahrhundertealten Schweizer Neutralitätsprinzip vereinbar. Die Uno-Charta sieht ausdrücklich vor, dass der Sicherheitsrat sowohl über nichtmilitärische Sanktionen als auch über militärische Interventionen entscheiden kann – wie dies bisher in drei Fällen geschehen ist – im Koreakrieg 1950–1953, im ersten Golfkrieg 1990–1991 und in Libyen 2011. Aktuell bestehen überdies nicht weniger als 14 Sanktionsregimes des Sicherheitsrates.

Alex Schneider, Küttigen AG

Sicherheitsinstrumente vorhanden?

«Die Schweiz kennt die Bedrohungen ihrer Sicherheit und verfügt über die notwendigen Instrumente,



Die «Schweizerzeit» App Verfügbar im App-Store und Google Play Store

Neue Funktionen:

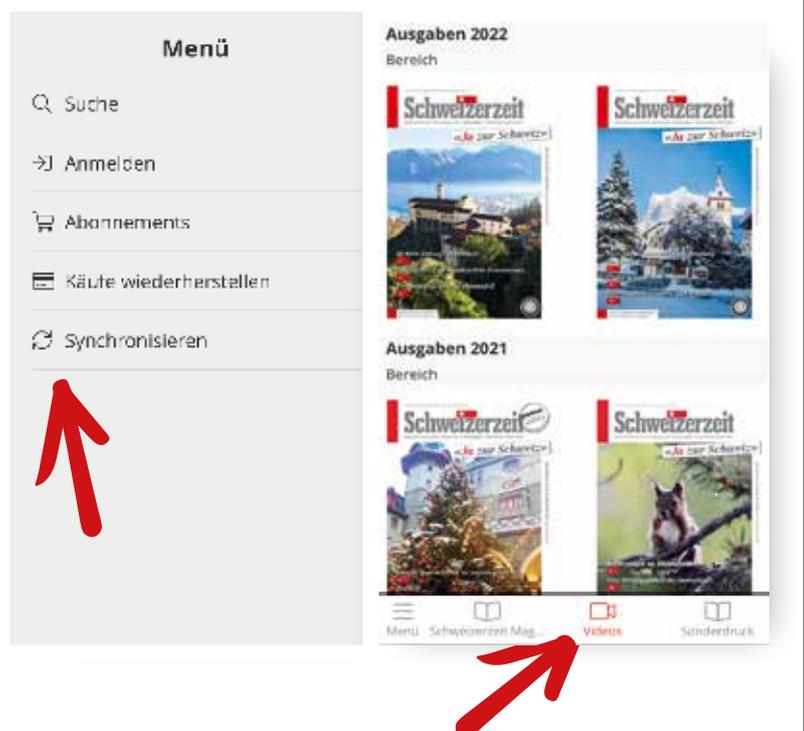
Videos / TV- Sendungen

Wir haben die App entsprechend aktualisiert, sodass Sie neu die Sendungen und Kurzvideos der Schweizerzeit direkt auf der App schauen können.

Falls bei Ihnen in der App das Video-Icon noch nicht angezeigt wird, müssen Sie im Menü auf der linken Seite «Synchronisieren» klicken.

Benachrichtigungen

Falls Sie noch keine Benachrichtigungen (Push-Nachrichten) erhalten, sollten Sie im Menü von Ihrem Gerät zur «Schweizerzeit» App gehen und dort die Benachrichtigungsfunktion aktivieren.



Zwischen Dichtung und Wahrheit



Eine der meistgenannten Klagen über die Politiker, die unser Land nach innen und aussen vertreten, lautet: «Die Politikverdrossenheit der Jugend nimmt zu. Vermehrt wenden sich Schweizer Jugendliche von der Politik ab, weil zwischen dem, was Politiker öffentlich verkünden, und dem, was gesichertem Faktum entspricht, oftmals eine unübersehbare Lücke klafft.»

So schreibt der «Dachverband des Schweizer Jugendparlaments» (DSJ), der das Meinungsforschungsinstitut «gfs-Bern» mit einer entsprechenden Studie beauftragt hat, von «ernüchternden Ergebnissen». Gemäss DSJ-Repräsentativumfrage gibt nur jeder zehnte Jugendliche an, sich von der Politik motiviert zu fühlen. Dazu legt – als kurze Zusammenfassung der verschiedensten Statements hochrangiger Schweizer Politikerinnen und Politiker – nachstehende Auswahl beredtes Zeugnis ab.

Es sagte dieser Tage...

Ex-Aussenministerin Micheline Calmy-Rey, SP, coram publico: «Im Uno-Sicherheitsrat braucht es die Schweiz mit ihrem starken Einfluss auf die EU.» *Dies, nachdem die EU gerade unser Land schmählich aus dem Forschungsprogramm «Horizon» rauskatapultiert hat.*

Nochmals **Calmy-Rey** zum Brief von Russlands Aussenminister Lawrow, in dem er versuchte, die Schweiz in Geiselhaf zu nehmen: «Der Brief ist von der SVP nur

vorgeschoben, um die Wahl in den Sicherheitsrat zu verhindern.» *Welch inakzeptable Verunglimpfung der stärksten Partei des Landes, in ihrer Zielsetzung vom Volk gewürdigt und anerkannt!*

Bundesrat Ignazio Cassis, FDP, zum zwanghaften Druck der EU auf die Schweiz bezüglich Rechtsübernahme: «Wir werden eine institutionelle Annäherung (an die EU) akzeptieren, wenn Politik und Gesellschaft den materiellen Gewinn endlich erkennen.» *Bei allem legitimen Interesse an materiellem Zuwachs verkauft sich die Schweiz nicht an die EU.*

Bundesrat Guy Parmelin, SVP, auf die Frage, ob er der EU bezüglich unseres Horizon-Rauswurfs eine Wiederaufnahmefrist setze: «Unsere Zugehörigkeit zu «Horizon» untersteht einzig der Entscheidung der EU-Kommission.» *Solche Demutshaltung gemahnt an den Erich Kästner-Aphorismus: «Du sollst niemals so tief sinken, um vom Kakao, durch den man dich zieht, auch noch zu trinken!»*

UVEK-Vorsteherin **Simonetta Sommaruga, SP**, nachdem ihre Vorlage zum Mediengesetz glorios gekippt wurde, «antwortete» nur mit einem «beleidigten Schweigen». Laut wird die SP-Magistratin nur, wenn sie Triumphe einfährt. Wie peinlich!

Diese Art von Politikgestaltung nimmt das Volk durchaus wahr und sanktioniert sie nach Art der Jungen – durch Abkehr.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

um diesen wirksam entgegenzutreten.» Diese Aussage stammt aus der Botschaft des Bundesrates vom 29. Januar 2020 zur Legislaturplanung 2019–2023. Sie wird im Bericht des Bundesrates wörtlich wiederholt, obwohl keine Rede davon sein kann, dass die Schweiz über die notwendigen Instrumente verfügt, um den (durch den Bundesrat selbst erkannten) Bedrohungen ihrer Sicherheit wirksam entgegenzutreten. Bekanntlich verfügen wir nur noch über eine (untaug-

liche) savoir faire- und Aufwuchs-Armee, die ein beschränktes Know-how erhalten soll, wie die Schweiz und ihre Bevölkerung bei einem Angriff verteidigt werden könnten. Sachverständige und das VBS selbst sind der Überzeugung, dass der rechtzeitige Aufwuchs der «savoir faire»-Armee zur Wiederherstellung von Verteidigungsfähigkeit und dissuasiver Wirkung eine Illusion ist.

Dr. iur. Rudolf P. Schaub, Walchwil ZG

HOFMANN KOMMUNIKATION
AGENTUR FÜR PUBLIC RELATIONS
BERN THUN INTERLAKEN

www.hofmann-kommunikation.ch

© Foto: Segelschule Thunsee

FITNESS ISLAND

FEUER | WASSER | SALZ

Industriestrasse 25, 9552 Bronschhofen, www.fitness-island.ch

Onlineshop: www.4spa.ch



FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Sport- und Relaxbad



Floaten im Salzwasser



Massage und Kosmetik



Restaurant



Restaurant Bad



Totes Meer Therme



Wasserkurse



Dampfbad



Biosauna



Feuersauna



Dachterasse



Alphasphere



Fitness



Gartenanlage mit Sandstrand



Salzraum



Ruheraum

Der Tag, an dem der Strom grossräumig ausfällt

«Blackout» – nichts geht mehr

von Michael Trachsel, Kampagnenchef Schweizerzeit, Feuerthalen ZH

Die meisten Menschen setzen einen «Blackout» mit einem etwas grösseren Stromausfall gleich. Diese Annahme ist definitiv ein gefährlicher Irrtum. Denn ein Blackout bedeutet nicht nur das unangenehme Wegbleiben der Stromversorgung für ein paar Stunden, sondern den kompletten Stillstand des gesamten öffentlichen und privaten Lebens, unter Umständen für Wochen bis Monate.



Damit der Begriff «Blackout» richtig eingeordnet und verwendet werden kann, lohnt sich der Versuch einer möglichen Definition: «Ein Blackout ist ein plötzlich auftretender, grossflächiger und über mehrere Stunden bis Tage andauernder Stromausfall, gefolgt von einem langwierigen Infrastruktur- und Versorgungsausfall. Stillstands-anfällige und aufeinander abgestimmte Lieferketten kommen zum Erliegen. Externe Hilfeleistungen können nicht erwartet werden. Alles, was nicht vorbereitet und vorgesorgt bereitsteht, wird nicht zur Verfügung stehen. Die Rückkehr zum Normalzustand in allen Bereichen wird mehrere Wochen bis Monate dauern.»

Damit die weitreichenden Auswirkungen eines «Blackouts» gesamtheitlich erfasst werden können, nachfolgend eine (vereinfachte) Beschreibung auf der Zeitachse.

Phase 1: Stromausfall

Der Ausfall der Stromversorgung ist lediglich die Phase 1 einer weitergehenden Kettenreaktion. Während in der Phase 1 innert Stunden sämtliche durch das Stromversorgungsnetz betriebenen Gerätschaften, Infrastrukturen und Dienste zum totalen Stillstand gelangen, wird nach der (teilweisen) Rückkehr der Stromversorgung kaum etwas funktionieren wie zuvor.

Phase 2: Zusammenbruch der Lieferketten

In der Phase 2 werden während Tagen die hochsensiblen Telefon-, Handy- und Datennetze (Internet) nicht vollumfänglich betriebsbereit sein. In dieser Zeit werden weder Produktion, Logistik noch Treibstoffversorgung funktionieren, da es heute überall zwingende und direkte online Datentransfer-Abhängigkeiten gibt. In der Folge werden die Lieferketten unterbrochen, worauf der Güteraustausch sowie sämtliche Produktions-, Nachschubs- und Versorgungsprozesse zum Erliegen kommen. In dieser Zeitspanne, wenn insbesondere die Einkaufsregale nicht wieder aufgefüllt werden können, müssen die Menschen auf ihre individuellen Vorräte

zurückgreifen. Wie lange wird Ihr persönlicher «Notvorrat» ausreichen?

Phase 3: Schleppe Normalisierung

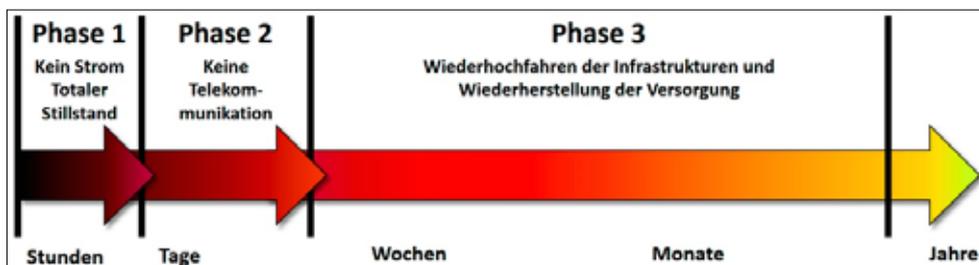
Erst in der Phase 3 werden während Wochen bis Monaten die schrittweise Normalisierung und der Wiederanlauf der Produktion sowie die Versorgung mit Gütern des täglichen Lebens beginnen. Ab dem Zeitpunkt, da der Strom ab Steckdose wieder zur Verfügung steht, wird eine nur schleppende und lang andauernde Normalisierung stattfinden. Daher muss mit längerfristigen Versorgungsunterbrechungen und Lieferengpässen gerechnet werden.

Risiken der Vernetzung und Digitalisierung

Solange der Strom fliesst, können wir von der fortschreitenden Vernetzung und Digitalisierung im Alltag profitieren. Sobald aber der Energiekreislauf zusammenbricht, manifestieren sich schwerwiegende Herausforderungen. Die Bereiche Nahrung, Finanzen, Justiz, Gesundheit, Wärme, Wasser, Transport und Logistik sowie Telekommunikation sind vollumfänglich auf eine stabile und funktionierende Stromversorgung angewiesen. Ohne Strom läuft in unserer digitalen und vernetzten Welt gar nichts!

Schlussfolgerungen

Es geht nicht darum, mit diesen Ausführungen Angst oder Panik zu schüren. Es geht vielmehr darum, zu Überlegungen anzuregen, ob das Risiko eines flächendeckenden Stromausfalles, gefolgt von einem «Blackout» mit all seinen einschneidenden Konsequenzen, ein tragbares Risiko ist. Bei nüchterner Betrachtung fühlt sich die «Energierategie 2050» des Bundesrates an wie ein Luftschloss. Fernab von Fakten und funktionierenden technischen Lösungen wird eine Traumwelt konstruiert – eine ideologische Blase, die mit dem Ende des fliessenden Stroms jäh platzen wird.



Die Politik ist angehalten, sich gemäss unserer Bundesverfassung (Art. 89, Abs. 1) für eine ausreichende und sichere Stromversorgung einzusetzen. Ein «Blackout» ist definitiv keine Option!

Michael Trachsel

Eine Warnung

Links-grün regierte Städte können Ihre Gesundheit gefährden

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Fangen wir an mit Basel-Stadt, wo sich die Regierung die Verbannung des Autos aus der Stadt auf die Fahne geschrieben hat.



Nachdem im Oktober 2019 der Arzt und Umweltaktivist Martin Vosseler mit seinem Velo tödlich verunfallt und vom Hinterrad eines Lastwagens überrollt worden war, hat das von einer grünliberalen Regierungsrätin geleitete Bau- und Verkehrsdepartement über 500 Parkplätze ersatzlos aufgehoben.

Der Unfall ereignete sich in einem Strassenabschnitt, wo zwischen dem Tramgeleise und den parkierten Autos nur sehr wenig Platz zur Verfügung steht. Die Verantwortlichen des Baudepartements warteten die gerichtliche Beurteilung nicht ab und schafften mit der Parkplatzvernichtung vollendete Tatsachen. In der Zwischenzeit wurde der Lastwagenchauffeur vollumfänglich freigesprochen, und die Abklärungen ergaben, dass der später tödlich Verunfallte mit einer an der Lenkstange angehängten Einkaufstasche rechtsseitig den Lastwagen überholen wollte und dabei stürzte.

Vergällung des Autoverkehrs

Selbstverständlich wurde die Parkplatzvernichtung nicht rückgängig gemacht. Jetzt sollen neu an gewissen Tagen ganze Strassenzüge für Autofahrer gesperrt werden, damit Strassenfeste oder Flohmärkte stattfinden können. Dabei wird «grosszügig» festgehalten, dass Ausnahmen für Fahrzeuge der Blaulichtorganisationen vorgesehen sind. Diese Art der Vergällung des Autoverkehrs hat jedoch eine gefährliche Komponente, da zur Unterstützung des geplanten flächendenkenden Tempolimits auf 30 km/h auch bauliche Schikanen vorgesehen sind, welche Sanität, Feuerwehr und Polizei massiv behindern werden. Wenn also ein Haus in Flammen steht, muss die Feuerwehr zwar keine Bewilligung für eine Dienstfahrt beantragen, sie trifft aber mit ihren grossen Fahrzeugen nicht oder verspätet am Einsatzort ein, weil bauliche Hindernisse dies verunmöglichen. Aber was sind schon eine abgepackelte Liegenschaft und ein paar gefährdete Bewohner in Anbetracht des hehren Ziels, das Klima zu retten.

Links-grüne Vertreter im Basler Parlament haben sogar vorgeschlagen, in Anbetracht dieser Situation im Kanton Basel-Stadt für die Feuerwehr und die Sanität Aussenstationen zu errichten, damit die Einsatzkräfte auf mehrere Standorte verteilt werden können. Geld spielt offenbar keine Rolle – und dieser Schwachsinn in einem Kanton mit der Fläche von nicht einmal 37 Quadratkilometern! Auch

in der links-grün regierten Stadt Zürich wird ein Durchkommen für Einsatzfahrzeuge erschwert, weil ebenfalls der motorisierte Individualverkehr mit Tempo 30 und vielen baulichen Schikanen madig gemacht werden soll.

Einäugige Medien

Wer mit seinem Auto in einer verstopften Strasse im Stau steht und nicht weichen kann, verunmöglicht logischerweise auch ein rasches Durchkommen von Notfallfahrzeugen. In der Stadt Zürich hat sich gerade kürzlich eindrücklich gezeigt, wie die Regierung und die Mainstream-Medien ticken. Als Corona-Massnahme-Gegner unbewilligt auf die Strasse gingen, formierte sich sofort eine ebenfalls nicht bewilligte Antifa-Manifestation, wobei von diesen Antifa-Leuten massive Gewalt gegen Personen und Sachen ausging. Die jetzt um ihre Subventionen gebrachten Medien berichteten in grossen Lettern von den rechtsextremen Massnahme-Gegnern, blendeten jedoch die Randalen der linksextremen Chaoten mehrheitlich aus. Nur am Rande wurde über die Unverschämtheit berichtet, dass der ehemalige Juso-Chef und Zürcher SP-Nationalrat Fabian Molina an vorderster Antifa-Front mitmarschierte und sich dabei ablichten liess.

Passen Sie also Sie auf, wenn Sie das nächste Mal in eine rot-grün regierte Stadt kommen. Das politische Interesse am Verdrängen von Bettlern oder an der Bekämpfung der hohen Kriminalitätsrate ist bei den Stadtoberen nicht vorhanden. Weitaus wichtiger sind für sie die Rettung des Weltklimas, das Schikanieren von Autofahrern und das Austoben in den Disziplinen Political Correctness und Genderwahn.

Markus Melzl



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Fakten statt Ideologien zur Kernkraft

Selbsternannte Experten

von Stephan Amacker, dipl. Maschineningen. ETH, Neftenbach ZH

Regelmässig äussern sich Leute ohne spezifisches Fachwissen zur Kernenergie. Dies mit dem Ziel, diese Technologie zu verteufeln. Allen andern möchte ich gerne nachstehend einige Tatsachen zur Kenntnis bringen.



In den fünfzig Jahren des Betriebes von Kernkraftwerken (aktuell sind es 440, und über 400 sind in Planung) hat es drei schwere Unfälle gegeben: Three Mile Island (1979) mit grossem Sachschaden, aber ohne Verletzte oder Tote. Tschernobyl (1986) war ein russischer Reaktor vom Typ RBMK, der mit dem Ziel gebaut wurde, im Niedriglastbereich Brennstäbe aus-

zu wechseln, um waffenfähiges Plutonium zu gewinnen. Bei einem Versuch auf sechs Prozent Last wurde der Kern instabil, und die Katastrophe nahm ihren Lauf. Dieser Versuch wurde von allen anderen Betreibern des gleichen Typs aus Sicherheitsgründen abgelehnt. Es war ein Verbrechen an der Menschheit, wie es nur in einem totalitären Land möglich ist. Neben der Zerstörung des Reaktors kamen gemäss Studie der Uno 200 Menschen ums Leben. Fukushima (2011) wurde infolge eines gewaltigen Tsunamis zerstört, weil das Kühlsystem ausfiel. Durch Strahlung wurden keine Menschen verletzt oder getötet. Zu bedauern waren jedoch über 20'000 Tote, die in den Fluten umkamen.

Keine Technologie zur Stromgewinnung hat trotz dieser Ereignisse eine solch gute Bilanz. Zudem belasten Kernkraftwerke das CO₂-Konto nicht. Selbst die EU hat deshalb die Kernenergie zu einer nachhaltigen Technologie zur Stromerzeugung erklärt. Bundesrat und Parlament sind dringend aufgefordert, das Verbot für den Neubau solcher Anlagen aufzuheben und die Rahmenbedingungen zu nennen, unter denen diese entwickelt, gebaut und betrieben werden können.

Wollen wir unsere Stromversorgung für die Zukunft sichern, ist bezüglich der Kosten anzumerken, dass diese im Falle eines «Black out» Nasenwasser sind. Gemäss

«Das aktuelle Zitat»

«So wenige Kernkraftwerke als möglich, so viele wie nötig.»

SP-Bundesrat Willy Ritschard zur Revision des Atomgesetzes 1979 (als die SP noch die Büezer vertrat)

Bundesrat entsteht bereits innert zwei Tagen ein wirtschaftlicher Schaden von 4,5 Milliarden Franken. Zur Stützung des Netzes der Schweiz sind Wasser- und Kernkraftwerke eine absolute Notwendigkeit, da sie die Grundlast liefern. Eine Voraussetzung, die weder Wind- noch Solaranlagen erfüllen können, da zu jeder Zeit exakt dieselbe Strommenge ins Netz gespeist werden muss, wie daraus abgezogen wird.

Stephan Amacker



Das Büro Ha deckt auf!



Rausgeflogen: erinnern Sie sich an die ehrenwerte Madame Jeannine Pilloud, die Bahn-Schwarzfahrerin, bzw. in Amtsdeutsch «die ÖV-Benutzerin ohne gültigen Fahrausweis»? Als Leiterin Personenverkehr bei den SBB rausgeflogen, dann bei der Migros rausgeflogen und jetzt bei Ascom auch rausgeflogen. Wie hiess es früher? Wo wir sind, herrscht das Chaos, aber wir können nicht überall sein.

Tis Hagmann



KMU

«Wer die E-Mobilität-Euphorie blindlings mitträgt, verweist die Schweiz auf die Express-Strasse in Richtung Stromausfall.»

Helfen Sie uns, für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung der Schweiz zu kämpfen!

Postkonto 15-654144-0 // IBAN CH12 0900 0000 1565 4144 0

SOS-KMU, Postfach 54, 8416 Flaach

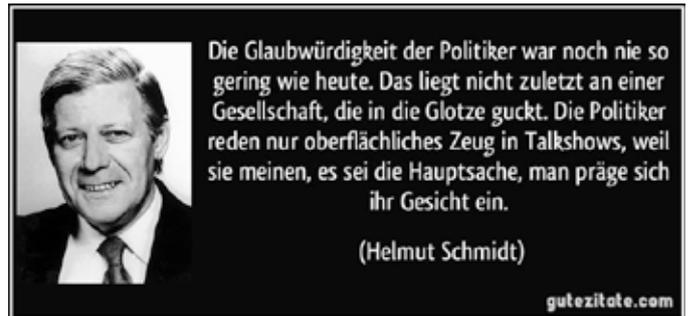
www.sos-kmu.ch // info@sos-kmu.ch

Das Büro Ha deckt auf!

AHV-Revision: Die Medien überbieten sich bis anhin mit einer «wohlwollenden» Berichterstattung zum Dauerthema AHV. Tenor: «Gute Aussichten», «akzeptabler Kompromiss» und weitere Schönwetter-Hülsen. Die Statistik sagt ganz nüchtern: 2019 haben 50% der in Rente gehenden Frauen eine AHV-Rente von unter 1'700 Franken pro Monat. Gut 30% dieser Frauen haben zudem keine Leistungen aus der 2. Säule. Die restlichen gut 65% Frauen haben eine Pensionskassenrente von durchschnittlich knapp 650 Franken. Das sind also die rosigen Aussichten in der «Rentenwelt» nach 40 Jahren «Werken in der Klasse der Werktätigen»! 50% der Stimmberechtigten sind Frauen; sie werden wohl Nein stimmen, weil sie ja schon mit dem «flexiblen» Rentenalter geschröpft wurden. Rechnen wir noch die übrigen Nein-Stimmen dazu, dann ist der Scherbenhaufen programmiert.

*

Panikmache durch den IPCC (Weltklimarat): Dieser hat im August eine Studie zur Klimaerwärmung veröffentlicht und gemeinsam mit den Medien einen Tsunami der Panik und Hysterie veranstaltet. Mehrere Forschungsinstitute haben den ganzen Bericht studiert und kommen zu ganz anderen Erkenntnissen, als die Panikschieber im Auftrag der



Uno. So beschreibt das Schiller-Institut den Bericht als unwissenschaftlich und dem Klimaschwindel dienend. Der Bericht werde dazu missbraucht, um «die sozialen, wirtschaftlichen und menschlichen Veränderungen mit rigiden Massnahmen zu rechtfertigen.» Und die wohl offensichtlichsten Falschinformationen des Weltklimarates in der Zusammenfassung des Berichtes lauten: «... versäumt, die positiven Auswirkungen von leicht erhöhtem CO₂-Gehalt und Erwärmung auf die Land- und Forstwirtschaft und das menschliche Leben auf der Erde darzustellen.» Zurück zur «Praxis». Uns wollen die Paniker Kaminöfen, Holzöfen, Holzgrill, Dieselauto usw. verbieten – und alles, was Lust und Freude bereitet.

Aber von der Überbevölkerung und der Massenzuwanderung sprechen die Global-Klima-Paniker nicht.

Tis Hagmann

Wo sind die 68er?



In der Sendung «Standpunkte» der «SonntagsZeitung» ging es kürzlich um das aktuelle Thema: «Wie neutral sind unsere Schulen?» Der Publizist und Verleger Markus Somm sowie der Zürcher FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois legten überzeugend dar, dass in Stadtzürcher Schulzimmern linke Themen dominierten – also Klimawandel, Gendersprache, WOKE-ismus, Frauen- und Ausländerdiskriminierung, ungerechte Vermögens- und Einkommensverteilung, Ausbeutung der Dritten Welt durch Schweizer Konzerne u.a.m.

Kein Thema waren jedoch beispielsweise die Folgen der Parkplatzvernichtung für das Gewerbe, die drohende Stromknappheit als Folge der sogenannten Energie-wende, die regelmässigen Hausbesetzungen, die Duldung rechtsfreier Räume und die zunehmende (importierte) Gewalt. Der Grund liege bei den linken Lehrern. So das Fazit der beiden bürgerlichen Gesprächsteilnehmer. Dem widersprachen die eher linken Damen auf der Gegenseite – wie nicht anders zu erwarten.



Was mich aber erstaunte: Keiner der präzise argumentierenden und gut vorbereiteten bürgerlichen Kritiker linker Schulen verwendete die Begriffe *Achtundsechziger* oder *Kulturmarxisten*. Wissen sie wirklich nicht, dass weder die linken Lehrer, Richter, Professoren, Gutachter, Beamten, Diplomaten noch die internationalistischen Schweiz-Abschaffer Zufall sind? Sie sind das Ergebnis des von den 68ern angekündigten und äusserst erfolgreich vollzogenen Marsches durch die Institutionen mit dem Ziel, die bürgerliche Gesellschaft zu zerstören.

Der ehemalige bayerische Staatssekretär Gauweiler meinte schon vor Jahren, dies sei ihnen weitgehend gelungen. Wie kann man einen politischen Gegner bekämpfen, wenn man ignoriert, wer er ist, woher er kommt und welche Agenda er hat? Oder noch schlimmer: Dass es ihn überhaupt gibt!

Zur Ausgangsfrage: Die Ur-68er sind längst pensioniert. Aber ihre Schüler und Adepten sind jetzt in den Ämtern und Institutionen. Überall. Vor allem in Schulen und Redaktionen.

Markus Eckstein, Goldach SG

Uno-Sicherheitsrat: Kein Wirkungsort für die Schweiz

Neutralität heute

von Ulrich Schlüer, a. Nationalrat, Flaach ZH

Die Schweiz muss sich, wenn sie ihren Bewohnern Freiheit und Selbstbestimmung erhalten will, durch eine konsequente Neutralitätspolitik immer die Möglichkeit offenhalten, zu allen Staaten dieser Welt gute Beziehungen zu pflegen.



Als neutrales Land hat die Schweiz von jeglichem, allzu oft modischer Einseitigkeit unterworfenem Moralismus und von aller besserwisserischen Schulmeisteri gegenüber anderen Ländern, anderen geschichtlichen Entwicklungen und davon abgeleiteten Traditionen Abstand zu nehmen.

Stillesitzen

Neutralitätspolitik ist eine Politik des Stillesitzens, der Nichteinmischung. Das mag den manchmal gewisser Profilierungssucht erliegenden, für die Aussenpolitik zuständigen Bundesräten und Verwaltungsspitzen unattraktiv erscheinen, ist aber – vergleichbar einer Lebensversicherung – Grundlage für die Ausgestaltung der Schweiz nach eigenen, nach schweizerischen Wertvorstellungen – sowohl in normalen als auch in Krisenlagen.

Zwillingsschwester der Neutralität ist der Wille, sich notfalls zum Erhalt der Eigenständigkeit und der eigenen Freiheit auch zur Wehr zu setzen. Die dem Land dafür zur Verfügung stehenden Mittel – in regelmässigem Übungseinsatz erprobt – müssen gegenüber der ganzen Welt die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz auf dem Boden und in der Luft unter Beweis stellen.

Verzichtet die neutrale Schweiz auch auf jede offensive Handlung, so muss sie ihren Willen und ihre Fähigkeit, Land und Leute aus eigener Kraft verteidigen zu können, um so glaubhafter zum Ausdruck bringen. Damit erspart sie unserem Land und seinen Bewohnern, je zum Spielball der Grossmächte degradiert zu werden.

Immerwährende bewaffnete Neutralität

Entgegen allen oft nur allzu durchsichtigen Behauptungen seitens persönlichen Glanz auf der Weltbühne erträumenden Ausverkäufern eigenständiger Neutralitätspolitik ist Neutralität keineswegs ein Konzept, das erst im Fall eines erklärten Krieges zwischen benachbarten oder weiter entfernten Mächten zum Tragen kommt – zumal nach altem Kriegsvölkerrecht «erklärte Kriege» heute kaum mehr je Tatsache werden. Ihre immerwährende bewaffnete Neutralität wird dann respektiert, wenn die Schweiz zu jedem Zeit-

punkt mittels starker Armee einerseits, konsequenter Nichteinmischung in Konflikte zwischen Drittstaaten andererseits ihren Willen zur Eigenständigkeit behauptet, also die Vorwirkung überzeugender Neutralitätspolitik immer im Auge behält.

In diesem Sinn kann ein neutrales Land denen, die nach vermeintlich glänzenden Auftritten auf der Weltbühne dürsten, nie eine Spielbühne bieten. Wer solches sucht, ist von der Ausgestaltung eigenständiger Schweizer Aussenpolitik fernzuhalten.

Uno-Sicherheitsrat: Kein Platz für die Schweiz

Die Sucht ehrgeiziger «Aussenpolitiker», die Einsitznahme der Schweiz in den Uno-Sicherheitsrat zu fordern, verkommt folgerichtig zu billiger Aushöhlung der Neutralität. Dem Entscheid über Krieg und Frieden irgendwo auf der Welt entzieht sich der Neutrale konsequent. Jetzt, wo auf mehreren Erdteilen Krisenherde glühen, erst recht.

Im Uno-Sicherheitsrat bestimmen die Grossmächte mit Vetorecht das Geschehen. Vertreter von Kleinstaaten können dazu bloss eine Art Staffage bilden, deren Meinung im Ernstfall nie Gewicht hat. Zu behaupten, von der Uno beschlossene Kriegshandlungen seien von allem Anfang an «gerechte Handlungen», ist nichts anderes als anmassende, die Eigenständigkeit der Schweiz verachtende Selbsterhöhung.

Die Grossmächte verfolgen Machtinteressen; ihr Ziel ist nicht Gerechtigkeit. Den Stärksten zum Gerechtesten zu erklären, stempelt denjenigen, der dies tut, zum unfähigen, zum käuflichen Lakaien der Grossmachtspolitik anderer.

Ulrich Schlüer

Churz & Bündig

Man habe «nur Ungläubige» töten wollen, die vielen Muslime unter den Opfern seien «ein Fehler». So rechtfertigte der muslimische Hauptangeklagte vor einem Pariser Gericht die von ihm geplanten und durchgeführten Terroranschläge vom 13. November 2015 im Fussballstadion Stade de France und in zwei Gaststätten. Höchst beruhigend, diese Aussage – nicht wahr? Ob, wer sie zitiert, mit einem Rassismus-Verfahren zu rechnen hat?

us

Die EU beendet die Forschungszusammenarbeit mit der Schweiz

Ein unwürdiges Trauerspiel

von Roland Burkhard, ehem. stv. Chef Bundespolizei, Bern

Wie hinlänglich bekannt, wurde die Schweiz von der EU als Vollmitglied aus dem europäischen Forschungsprogramm «Horizon» ausgeschlossen, nachdem der Bundesrat das EU-Rahmenabkommen beerdigt hatte.



Unlängst forderten Vertreter aus Wirtschaft und Forschung nach dem Aus des EU-Rahmenvertrages, die Regierung müsse alles (!) tun, um bis Ende Jahr den vollen Anschluss an das EU-Forschungsprogramm «Horizon» zu erreichen. Nun richtete Martina Hirayama, unsere Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation im WBF, einen Appell an die EU. Sie solle die institutionellen Fragen und die Forschungszusammenarbeit nicht miteinander verknüpfen, denn – sagte sie völlig zu Recht – dafür bestehe weder in rechtlicher noch materieller Hinsicht eine Verbindung, diese sei rein «politischer» Natur. «Die Knacknuss ist, ob und wann wir Verhandlungen aufnehmen können. Die EU weigert sich bisher leider.»

Welche Strategie verfolgen?

1. Dass eine Schweizer Klage beim Europäischen Gerichtshof wegen der jedem Recht spottenden, rein politischen Verknüpfung von Rahmenabkommen und Forschungszusammenarbeit durch die EU uns etwas bringt, ist wohl illusorisch.
2. Die Eigenfinanzierung der schweizerischen «Horizon»-Forschung mag für den Moment tragbar sein, weil die jährlichen «Horizon»-Beiträge der EU an die Schweiz kaum viel höher sind als die Schweizer Beiträge an die EU für ihre Forschungsprogramme; aber das kann auch nicht die Lösung sein.
3. Die Suche nach einer intensiveren Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten mit höherem Ausbildungsniveau ist stark zu befürworten.
4. Der nun vorgesehene unverbindliche Appell an die EU ist angesichts der politischen Sturheit der EU wohl chancenlos.
5. Die Forderung an den Bundesrat, man müsse «alles» tun, um bis Ende Jahr einen vollen Anschluss an «Horizon» zu erreichen (d.h. jegliche unvorteilhafte Kompromisse eingehen), setzt uns viel zu stark unter Druck.

Viel besser wäre es, aufgrund der tatsächlichen Verhältnisse in den Verhandlungen einen bedeutend höheren Gegendruck zu entwickeln. Hierzu zwei Argumente:

Forschungsstandort Schweiz

Die Schweiz zählt zu den weltweit besten Forschungsstandorten. Er ist qualitativ weitaus besser und renommierter als jene in den EU-Staaten (seitdem GB nicht mehr dazu gehört). So erstaunt es denn nicht, dass sehr viele Forscher, namentlich aus EU-Staaten, für ihre Forschungstätigkeit und Lehre in die Schweiz kommen. Sie kommen, weil sie hier einfach viel bessere Arbeits-, Karriere- und Lebensbedingungen vorfinden als in ihren Herkunftsländern. Dass sie sich nun massgeblich aus der Schweiz zurückziehen, ist höchst unwahrscheinlich. Das Argument der Forschungsabwanderung ist reine Panikmache seitens eines kleinen Kreises von Direktinteressierten!

Schweizer Universitäten

Ebenso international renommiert wie der Forschungsstandort Schweiz sind unsere Universitäten. So erstaunt es keineswegs, dass Ende 2020 insgesamt 51'700 Studenten aus dem Ausland an Schweizer Universitäten studiert haben. Das sind rund 40 Prozent ausländische Studenten an Schweizer

«Es sagte» ... Wettbewerb **LÖSUNG!**

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

<<DIE ABSCHAFFUNG DER SECHS VERBLIEBENEN KERNKRAFTWERKE WIRFT DEUTSCHLAND BEI SEINEN KLIMAWANDELZIELEN NOCH WEITER ZURÜCK. DIE DADURCH BIS ANFANG 2023 ENTSTEHENDE KAPAZITÄTSLÜCKE IST GRÖßER ALS DIE GESAMTE DEUTSCHE SOLARSTROMERZEUGUNG.>>

Diese Aussage stammt von:

- A Bundesrätin Simonetta Sommaruga;
- B Thilo Sarrazin, deutscher Publizist;
- C Olaf Scholz, deutscher Bundeskanzler (SPD);
- D Robert Habeck, deutscher Wirtschafts- und Energieminister (Grüne).

Die richtige Lösung lautet:

- B Thilo Sarrazin

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

54,6 Prozent sagten NEIN zum Mediengesetz

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Am 13. Februar 2022 wurde das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» mit einem beträchtlichen Unterschied von 218'006 Stimmen, bei einer Stimmbeteiligung von 44,1 Prozent, abgelehnt.

Die Schweizerzeit hat diese Vorlage mit einer intensiven und aufwendigen NEIN-Kampagne bekämpft. Neben einem Kampagne-Sonderdruck, diversen Artikeln in der Print-Ausgabe sowie einer spezifischen TV-Sendung wurde insbesondere die Verteilung der NEIN-Botschaft in die Briefkästen der Bevölkerung forciert.

Wertvoller Support durch die Schweizerzeit-Familie

Die NEIN-Kampagne der Schweizerzeit wurde im Dezember 2021 lanciert und im Folgenden bis zum Tag der Abstimmung fortgeführt. In den vergangenen Wochen durften wir aus den Reihen unserer Abon-

nantinnen und Abonnenten eine grosse und aktive Unterstützung erfahren.

Dieser Support war ein wichtiger Teil, der am Tag der Abstimmung an der Urne den Unterschied gemacht hat. Neben der aktiven Verteilung des Schweizerzeit-Sonderdrucks haben Sie die Kampagne nicht zuletzt mit vielen Spenden überhaupt erst möglich gemacht.

Im Namen der Schweizerzeit Redaktion übermitteln wir Ihnen, geschätzte Leserinnen und Leser, unseren besten Dank für Ihre Grosszügigkeit und Ihr Engagement!

Redaktion Schweizerzeit

Hochschulen, massgeblich aus EU-Staaten. An der Tessiner Uni (der USI) machen sie gar zwei Drittel sämtlicher Studierender aus, vorwiegend aus Italien kommend. Im Gegenzug studieren eher wenig Schweizer an ausländischen Universitäten. Insgesamt mögen es – gemäss Statistiken – 17,7 Prozent sein. Allerdings handelt es sich dabei zumeist nur um einzelne Auslandsemester, dies aber vorweg im Englisch sprechenden Raum wie USA oder GB. Eher wenig Schweizer studieren dauerhaft an den international eher unbedeutenden EU-Universitäten – ausgenommen vielleicht Studenten für deutsche, französische oder italienische Sprache oder links orientierte Soziologiestudenten. Dazu kommt, dass es jene Schweizer Studenten, die nach ihrem Kurzbesuch von Jekami-«Universitäten» der EU mit irgendwelchen Phantasiediplomen zurückkehren, hierzulande dann bei der Stellensuche schwerhaben: Es ist mittlerweile jedem Arbeitgeber bekannt, dass Inhaber von solchen ausländischen «akademischen Graden» wenig taugen.

Die EU boykottiert uns – warum halten wir nicht Gegenrecht?

Es geht doch darum, wie und mit welchen Argumenten die Schweiz aufgrund dieser Faktenlage gegenüber der EU auftreten soll, um ihre Interessen durchzusetzen. Mit Klagen und Appellen an die EU kriegen wir nichts. Die Selbstfinanzierung der EU-Programme mag helfen, ist aber unwürdig. Die vermehrte Ausrichtung der Bildungszusammenarbeit auf ausgewählte Nicht-EU-Staaten ist nicht nur nützlich, sondern zwingend erforderlich. Doch letzten Endes: Wenn uns die EU rechtswidrig boykottiert, warum boykottieren wir im Bildungsbereich nicht auch sie? Die Möglichkeiten dafür sind durchaus vorhanden, wie die beiden vorgängigen Kapitel über Forschungsstandort und Universitäten zeigen.

Unsere Forscher dürfen nicht mehr an den EU-Forschungsprogrammen teilnehmen? Was hindert uns daran, zu beschliessen, dass Studenten aus der EU nicht nur höhere Studiengebühren bezahlen müssen, sondern überhaupt nicht mehr an Schweizer Universitäten studieren dürfen? Aufgrund des krassen Missverhältnisses des Studentenaustauschs zwischen EU und der Schweiz und der qualitativen Hochwertigkeit unserer Hochschulen wäre dies für die EU eine Katastrophe. Zudem: Unsere teuren kantonalen und eidgenössischen Hochschulen werden von uns Schweizer Steuerzahlern berappt!

Fazit: Es geht nicht an, dass wir in einem Bereich, in dem wir sehr stark sind und berechnete Forderungen an die EU stellen können, weiterhin dauernd vor den arroganten Brüsseler Technokraten niederknien und uns im Gesamtverhältnis zu unannehmbaren Lösungen oder nur schon unvorteilhaften Kompromissen zwingen lassen.

Roland Burkhard

«Das aktuelle Zitat»

«Nur in der Nation kann eine demokratische Grundlage bestehen. Sie können sich doch nicht vorstellen, dass ein Parlament, das aus 27 Staaten zusammengesetzt ist – wie in Europa – und mit 24 Sprachen diskutiert und eine Präsidentin hat, die Malteserin ist, dass dort das Schicksal Deutschlands entschieden werden kann. Das ist nicht möglich. Die Nation ist die grösste mögliche demokratische Einheit.»

Klaus von Dohnanyi, ehem. SPD-Bürgermeister von Hamburg, in «Steingarts Morning Briefing» vom 2. Februar

Schweizergeschichte

In Zeiten da Lehrstühle für Schweizergeschichte an Schweizer Universitäten aufgehoben werden und Schülern Schweizergeschichte kaum mehr vermittelt wird, präsentiert die Schweizerzeit wichtige Werke zur Geschichte des eigenen Landes.



Thomas Zaugg

Bundesrat Philipp Etter

Zweifellos eines der wichtigsten Bücher zur Geschichte Schweiz vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Etter war ein Konservativer – ein fest im christlichen Glauben verwurzelter Katholik. Moderne Historiker wollten ihm gewisse Anlehnung ans Dritte Reich unterstellen. Thomas Zaugg widerlegt diese Anwürfe. Und präsentiert eine Persönlichkeit in einer Schweiz, die durch Etters kulturpolitische Entscheidungen wesentlich geprägt wurde.

NZZ Libro, 766 S., geb., (Richtpreis Fr. 58.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 52.20



Urs Altermatt

Bundesratswahlen, Band 1

Vom Unruheherd zur stabilen Republik.

Der Schweizerische Bundesrat 1848-1875 – Teamplayer, Schattenkönige und Sesselkleber.

NZZ Libro, Basel 2020, 357 S., geb., (Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 35.10

Bestellschein

<input type="checkbox"/>	Zaugg: Philipp Etter	à Fr. 52.20
<input type="checkbox"/>	Altermatt: Bundesratswahlen, Bd 1	à Fr. 35.10
<input type="checkbox"/>	Altermatt: Bundesratswahlen, Bd 2	à Fr. 35.10
<input type="checkbox"/>	Born: Politiker wider Willen, Bd 1	à Fr. 28.80
<input type="checkbox"/>	Born: Staatsmann im Sturm, Bd 2	à Fr. 26.80
<input type="checkbox"/>	Kramer/Zaugg: Aussenminister	à Fr. 43.20
<input type="checkbox"/>	Somm: Die Schweiz reich	à Fr. 44.10

(zuzüglich Fr. 9.– Portokosten)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch



Bundesratswahlen, Band 2

Der lange Weg zum historischen Kompromiss.

Der Schweizerische Bundesrat 1874-1900 – Referendumsstürme, Ministeranarchie, Unglücksfälle.

NZZ Libro, Basel 2020, 259., geb.,
(Richtpreis Fr. 39.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 35.10



Hanspeter Born

Politiker wider Willen (Band 1)

Pilet-Golaz – Schöngest und Pflichtmensch.

Münster, Basel 2020, 388 S., geb., ill.,
(Richtpreis Fr. 32.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 28.80



Staatsmann im Sturm (Band 2)

Pilet-Golaz und das Jahr 1940

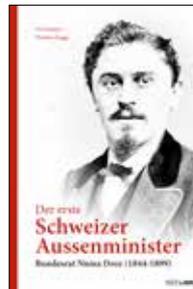
Münster, Basel 2020, 512 S., geb., ill.,
(Richtpreis Fr. 29.80)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 26.80



Urs Kramer, Thomas Zaugg

Der erste Schweizer Aussenminister

Bundesrat Numa Droz (1844-1899). Als Bundesrat von 1876-1892 reorganisierte Droz die Bundesverwaltung und professionalisierte die Schweizer Aussenpolitik. Eine in Vergessenheit geratene, bedeutende Schweizer Persönlichkeit.



NZZ Libro, Basel 2021, 439 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 48.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 43.20

Markus Somm

Warum die Schweiz reich geworden ist

Mythen und Fakten eines Wirtschaftswunders



Dass diejenigen Schweizer, welche Ideen für wirtschaftliche Tätigkeit entwickelten, in einem freiheitlichen Land diesen Ideen Taten folgen lassen konnten: Dieser Tatbestand verhalf der Schweiz – trotz ihrer Berge und ihrer schwierigen, der Entfaltung der Wirtschaft im Wege stehenden Verkehrswege – zu erstaunlicher wirtschaftlicher Blüte: Solides Fundament des Sonderfalls Schweiz. Eines der wichtigsten Bücher zur neueren Schweizergeschichte – nicht nur in wirtschaftspolitischer Hinsicht.

Stämpfli, Bern 2022, 296 S., geb., (Richtpreis Fr. 49.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.10

An die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Bern:



Janosch Weyermann und Thomas Fuchs in den Grossen Rat

Janosch Weyermann | Kand. Nr. 01.05.8
Dipl. Tourismusfachmann HF, Stadtrat, Präsident Quartierverein Brünnen, Verein «Vortritt Fussgänger», Agglomerationskommission, Junge SVP Stadt Bern. Vizepräsident SVP-Stadtratsfraktion. Vorstand Berner Samariter, PIKOM, Pro Libertate und Bund der Steuerzahler. Mitglied Schulkommission Bümpliz, KMU, Hauseigentümerverband, Handels- und Industrieverein, Heit Sorg zu Bärn, Staatsbürgerliche Gesellschaft, Militärpolizeiverband und Tierparkverein.

Thomas Fuchs | Kand. Nr. 01.03.1
Stadtrat und alt Nationalrat, Grossrat 2002-2018, Direktionsmitglied einer Schweizer Bank, Betriebswirtschafter, Geschäftsführer Bund der Steuerzahler Schweiz, Oberst, Herausgeber der Zeitungen DIE IDEE und Bern Aktuell, Präsident SVP Stadt Bern und Berner Samariter, Initiant Babyfenster, Mitglied Kunstmuseum, KV, KMU, Tierparkverein, Botanischer Garten, Hauseigentümerverein, Gewerbeverband.
Mehr Infos: www.ilovebe.ch

*Dafür stehen wir ein:
mehr Sicherheit und Sauberkeit
tiefere Steuern und Gebühren
die freie Wahl der Verkehrsmittel
gute Rahmenbedingungen für
Gewerbe und KMU
eine effiziente Verwaltung*

NEIN zum 2,5 Millionen Franken teuren Kredit für Luxus-Veloparkplätze beim Bahnhof Bern – jetzt das Stadtberner Referendum unterschreiben!

Unterschriftenbogen herunterladen, ausdrucken und sofort einsenden!



Liste 1
www.svp-stadt-bern.ch

Liste Nr. / Liste N°	Partei/Bezeichnung / Parti	MUSTER
1	SVP	
Kand.-Nr. / N° des candid.	Namen der Kandidatinnen und Kandidaten / Nom des candidates et candidats	Kand.-Nr. / N° des c
01031	Thomas Fuchs	
01031	Thomas Fuchs	
01058	Janosch Weyermann	
01058	Janosch Weyermann	

MUSTER	
Wahlzettel Regierungsratswahlen vom 27. März 2022	
Bulletin Election du Conseil-exécutif du 27 mars 2022	
1.	Christoph Neuhaus
2.	Pierre Alain Schueegg

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 33)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Auns-Geschäftsführer, Eglisau ZH



Am 25. September 2005 stimmt das Schweizervolk über die «Ost-Personenfreizügigkeit» ab. Das heisst: Nach den 15 «alten» EU-Staaten soll die Freizügigkeit zusätzlich und völlig übereilt auf die zehn neuen EU-Oststaaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern ausgedehnt werden. Dies trotz des klaren Beschlusses von Bundesrat und Parlament im Jahr 2002:

Das Schweizervolk kann nach sieben Jahren, also 2009, aufgrund der gesammelten Erfahrungen entscheiden, ob die Personenfreizügigkeit mit der «EU-15» (!) weitergeführt werden soll.

Davon will man nun in Bundesbern nichts mehr wissen. Im Gegenteil: Bundesrat und Parlament wollen die Freizügigkeit rasch auf die neuen EU-Länder ausweiten, koste es, was es wolle. Es sind dies notabene Staaten mit einer Arbeitslosigkeit von bis zu 20 Prozent und mit Löhnen, die einen Fünftel bis einen Zehntel der Schweizer Löhne ausmachen.

Die **Kernpunkte der (Ost-) Personenfreizügigkeit** lauten: 1. Jeder EU-Osteuropäer kann in der Schweiz während sechs Monaten Arbeit suchen. 2. Wer eine Stelle findet, bekommt eine Arbeitserlaubnis für mindestens fünf Jahre. Auch wenn er arbeitslos wird, und selbst dann, wenn er die Stelle nicht antritt, kann er bleiben. 3. Die Aufenthaltsbewilligung gilt auch für Ehegatten, Kinder, Enkel, Eltern, Grosseltern und Schwiegereltern. 4. Jeder EU-Osteuropäer hat Anspruch auf Schweizer Sozialleistungen (Krankenversicherung, Kinderzulagen, Invalidenrente). Beispiel Arbeitslosenversicherung: Wer 1 Jahr gearbeitet hat, bekommt 80 Prozent des letzten Lohnes. 5. Jeder EU-Osteuropäer kann sich als selbständig Erwerbender bei uns niederlassen und seine Dienstleistungen anbieten.

An öffentlichen Veranstaltungen, Pressekonferenzen, mit Informationen in alle Briefkästen, mit Inseraten, Strassenaktionen, Leserbriefen und dergleichen versuchen wir, den Leuten die Augen zu öffnen. Denn die Ost-Personenfreizügigkeit hat für unser Land zwangsläufig gravierende Folgen:

- Zuwanderungsdruck von Billig-Arbeitskräften
- Abwanderung von Firmen
- Tiefere Schweizer Löhne, mehr Arbeitslose
- Ungebremste Zuwanderung ins attraktive Schweizer Sozialsystem
- Weniger Wohlstand, mehr Armut

Die interessanteste Veranstaltung zur Ost-Personenfreizügigkeit erlebe ich mit der damaligen CVP-Nationalrätin Doris Leuthard («Duschen mit Doris») als Kontrahentin – am 11. August 2005 in Lütisburg SG auf der überdachten Holzbrücke, was ein phantastisches «Ambiente» abgibt – und symbolhaft auch für den «Holzweg (Ost-) Personenfreizügigkeit» steht. Wir duschen uns zwar nicht wirklich gegenseitig ab – politisch jedoch schon, indem wir uns zur Freude der Besucherinnen und Besucher beim unterhaltsamen Schlagabtausch offenbar nichts schuldig bleiben. In der anschliessenden Diskussion meinen mehrere Votanten: «Endlich wieder einmal Politik, wie sie sein sollte!»



Es ist völlig klar: Auch die hochgejubelten «Schutzmassnahmen» (z.B. die Zwangsausweitung der Gesamtarbeitsverträge) werden an den gravierenden Nachteilen der Freizügigkeit nichts ändern. Im Gegenteil: Die Überregulierung

des Schweizer Arbeitsmarktes verschlechtert unsere Wettbewerbsfähigkeit und vernichtet Arbeitsplätze. Profitieren werden Gewerkschafts- und Wirtschaftsfunktionäre und einige Manager von Grossfirmen. Den Preis haben wir «Normalbürger» zu zahlen.

Auch der damalige Bundesrat **Christoph Blocher** warnt im SonntagsBlick vom 26.12.2004: «Es ist doch logisch, dass wir mehr Arbeitslose haben werden, wenn man das Arbeitskräfteangebot vergrössert und



nicht gleichzeitig mehr Stellen schaffen kann. Schon heute haben wir Probleme wegen der Personenfreizügigkeit mit den EU-15-Ländern. Die Arbeitslosigkeit sinkt nicht – trotz konjunktureller Erholung.»

Wir stellen immer wieder die entscheidende **Gretchenfrage**: Wollen wir weiterhin souverän bestimmen, wer in unser Land einwandern, Arbeit suchen, sich niederlassen, seine (Gross-) Familie nachziehen und schwei-



Verkehrte Welt: Joseph Deiss, Samuel Schmid und Micheline Calmy-Rey stossen mit süffisantem Grinsen an auf ihren «Pyrrhus-Sieg» bei der Ost-Personenfreizügigkeit. Wenn sie in einigen Jahren zur Verantwortung gezogen werden könnten, sind sie bereits mit hochdotierten Renten im Ruhestand.

PS: Heute geschieht in Bundesbern Ähnliches, gewechselt haben lediglich die Gesichter.

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

**Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.
Preis bis Ende 2022: Fr. 90.–**

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

AUS GRENDELMEIERS

<<REICH DER MENSCHEN>>



Adler

Man glaubt seit Sigmund Freud, dem Vater der heut' aktiven Psychiater, dass jeder Mensch als Extragabe zumindest einen Vogel habe.

Ich zweifle selbst in keiner Weise an der Erkenntnis jener Kreise, doch wichtiger ist mir dabei, ob Adler oder Papagei.

zerische Sozialleistungen beziehen kann? Oder nehmen wir eine unkontrollierte Ost-Zuwanderung – und damit tiefere Löhne, mehr Arbeitslose, kaputte Sozialwerke und einen massiven Souveränitätsverlust in Kauf?

*

Der Abstimmungstag vom 25. September 2005 naht. Werden wir diesmal siegreich sein? Oder gewinnt (wie bei Schengen) die unheilige Mitte/links-Gutmenschen-EU-Unterwerfungs-Allianz?

Leider ist Letzteres der Fall. Mit 54% Ja- gegen 46% Nein-Stimmen (bei 54,5% Stimmbeteiligung) tragen sie den «Pyrrhus-Sieg» davon. Viele Leute haben geglaubt, was man ihnen aus Bundesbern – und auch von Seiten der EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner – gebetsmühlenartig aufgetischt hat: «Ohne die Ost-Personenfreizügigkeit ist das (bereits gutgeheissene) Schengen/Dublin-Abkommen nicht zu haben.» Und wer A gesagt habe zur Personenfreizügigkeit mit der EU-15 müsse nun auch B sagen zur Ost-Personenfreizügigkeit.

Immerhin lässt sich nun sagen: **Der EU-Beitritt ist vom Tisch. Denn der bilaterale Weg ist durch den Volksentscheid gestärkt worden – darum ist das Beitritts-gesuch endlich zurückzuziehen!**

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

Die Schweizerzeit-Agenda

Mittwoch, 2. März 2022, 11.30 – 14.00 Uhr

SVP-Politlunch

Vortrag von Stefan Stutz, Rudolfingen (jüngster Notar im Kanton Zürich);

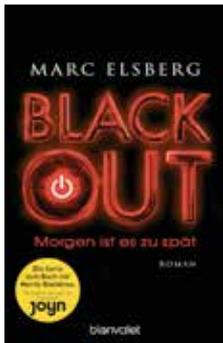
Thema: «Vorsorge bei Tod und Handlungsunfähigkeit»

Restaurant Post, Unterdorfstrasse 3, 8452 Adlikon b. Andelfingen/ZH

Veranstalterin: SVP Bezirk Andelfingen

Büchertisch

BESTSELLER



Blackout

Morgen ist es zu spät – Roman

Marc Elsberg

Das zweifellos brisanteste Buch zum drohenden Energie-Blackout schildert – in Form eines Romans – erschreckend, auf was die Menschheit zusteuert, wenn die Wirtschaft mit leichtfertig pauschalisierten grün-roten Energie-Theorien dem Untergang preisgegeben wird. Ein spannender Roman. Er geht jedem Leser «unter die Haut».

Blanvalet, München 2021 (2013), 828 S., brosch., (Richtpreis Fr. 17.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 16.10



Der Energie-Irrtum

Warum Erdgas und Erdöl unerschöpflich sind

Hans-Joachim Zillmer

Dass CO₂ den Untergang der Erde bewirken könnte, wird heute von den Medien mit linksgrünem Eifer als Dogma verbreitet. Deren Denksystem, das Klimamodell des Weltklimarats bestimmend, wird vom Autor widerlegt. Ein Buch, das angesichts der von Energie-Dogmen heimgesuchten Welt Pflichtlektüre sein sollte.

LangenMüller, München 2020 (2009), 335 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 33.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.50

AKTUELL



Die wundersame Geldvermehrung

Staatsverschuldung, Negativzinsen, Inflation

Hans-Werner Sinn

Eines der im Blick auf die Turbulenzen auf Finanz- und Devisenmärkten wichtigsten Bücher unserer Zeit. Es geisselt die unsägliche Überschuldungspolitik Brüssels und deren Folgen: Negativzinsen, Überflutung ganz Europas mit Schuldengeld, Inflation. Sinns anerkannte Kompetenz prägt dieses wichtige Buch.

Herder, Freiburg/Breisgau 2021, 429 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 38.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 35.–



Verheimlicht, vertuscht, vergessen – Jahrbuch 2022

Was 2021 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisniewski

Ein Jahrbuch, das bei Interessenten Kult-Charakter gewinnt. Wisniewski vergleicht von Medien Behauptetes oder aber nicht Berichtetes mit dem wirklichen Geschehen. Seine Zusammenstellung ist aufschlussreich, alarmierend – bei den Vertretern von Staatsinformationen längst auf der Abschlusliste – und daher empfehlenswert.

Kopp, Rottenburg 2022, 288 S., geb., (Richtpreis Fr 23.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.50



Elizabeth II.

Das Leben der Queen

Thomas Kielinger

Ein verdienter Biograph grosser Persönlichkeiten Grossbritanniens legt zum Siebzigjahr-Jubiläum von Königin Elizabeth II. ein Portrait der Queen vor. Er stellt sie vor als aussergewöhnliche Frau mit grossen Verdiensten, als Frau, die für ihr Land Tradition und Moderne so zu vereinigen vermochte, dass sie in ihrem Tun und Handeln von der ganzen Bevölkerung geschätzt, respektiert, ja verehrt wird.

C. H. Beck, München 2022 (2011), 303 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 30.90) Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 27.80



Putins Netz

Wie sich der KGB Russland zurückholte und dann den Westen ins Auge fasste.

Catherine Belton

Pünktlich zur Ukraine-Krise erscheint eine neue, Putin unseres Erachtens allzu ausgeprägt dämonisierende Biographie, die indessen viele interessante Einzelheiten zu Leben und Wirken des russischen Präsidenten vermittelt. Etwas zu kurz kommt dabei die Verankerung Putins in der (allzuoft leidvollen) Geschichte Russlands. Ein Buch, das – kritisch gelesen – zunächst Unverständliches bezüglich des jetzigen Geschehens aufzuhellen versteht.

HarperCollins, Hamburg 2022 (London 2020), 640 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 36.50) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 32.80

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen.
Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

SCHWEIZ



Verkannte Visionäre

25 Schweizer Lebensgeschichten

Helmut Stalder

Biographische Portraits von Schweizern, die in ihrer Zeit Bedeutendes geschaffen haben, das heute kaum mehr mit ihnen in Verbindung gebracht wird.

Darunter der Autobauer Louis Chevrolet, Madame Tussaud, Gestalterin des Wachsfigurenkabinetts, Othmar H. Ammann, der Brückenbauer von New York und weitere. Ein unterhaltsames, interessant aufgemachtes Buch sehr besonderer Persönlichkeiten.

NZZLibro/Schwabe, Basel 2020 (2011), 218 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 48.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 43.20

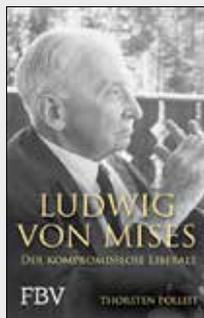


111 Schweizer Weine, die man getrunken haben muss

Pierre Thomas

In der Hunderteler-Reihe erscheinen nicht nur Reiseführer, sondern auch Wegweiser zu besonderen Köstlichkeiten – zum Beispiel eben zu herausragenden Schweizer Weinen. Das Buch stellt nicht nur Weinregionen vor, es empfiehlt vielmehr besonders

BUCHZEICHEN



Ludwig von Mises

Der kompromisslose Liberale

Thorsten Polleit

Wer den linkslastigen Medien Glauben zu schenken bereit wäre, sähe den Liberalismus im Abendland wohl in seinen letzten Zügen. Um so angebrachter ist es deshalb, sich mit einem echten, herausragenden Liberalen, Ludwig von Mises, Vertreter der Österreichischen Schule, eingehender zu befassen.

Thorsten Polleit, der auch in der Schweizerzeit die Zusammenhänge zwischen der in Überschuldung erstickenden Währungs-Unordnung und ihrer politischen Hintergründe kommentiert, schildert nicht nur das Leben von Mises; er präsentiert auch dessen treffliche Charakterisierung von Freiheit, die ohne Wirtschaftsfreiheit nicht überleben kann.

Finanzbuch Verlag, München 2022, 304 S., geb., (Richtpreis Fr. 25.90) Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 23.30

feine Tropfen aus den verschiedenen Regionen und stellt die Winzer vor, die Herausragendes schaffen.

Emons, Köln 2021, 256 S., brosch, reich ill., (Richtpreis Fr. 23.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 21.50

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Marc Elsberg – Blackout à Fr. 16.10
 Hans-Joachim Zillmer – Der Energie-Irrtum à Fr. 30.50

Aktuell

- Hans-Werner Sinn – Die wundersame Geld ... à Fr. 35.00
 Gerhard Wisniewski – Verheimlicht, vertuscht ... à Fr. 21.50
 Thomas Kielinger – Elizabeth II. à Fr. 27.80
 Catherine Belton – Putins Netz à Fr. 32.80

Schweiz

- Helmut Stalder – Verkannte Visionäre à Fr. 43.20
 Pierre Thomas – 111 Schweizer Weine ... à Fr. 21.50

Buchzeichen

- Thorsten Polleit – Ludwig von Mises à Fr. 23.30

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.
 (04/25.02.2022)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel-Nr.

Datum

Unterschrift



PROGRAMM SCHWEIZERZEIT-SENDUNGEN

Die Sendungen der Schweizerzeit sind vorderhand nur online zu empfangen via

www.schweizerzeit.ch

oder auf dem

YouTube-Kanal «Schweizerzeit Verlags AG»

Jeden Freitag um 21:00 Uhr eine neue Sendung und unter der Woche aktuelle 3-Minuten-Videos

Am 25. Februar 2022:

Energiekatastrophe verhindern

Am 4. März 2022:

Die Volksschule gestern und heute

Michael Trachsel im Gespräch mit Regierungsrat
Res Schmid (Bildungsdirektor Kanton Nidwalden)

Am 11. März 2022:

Die Schweiz im Spannungsfeld Weltpolitik

Ulrich Schlüer im Gespräch mit Politik- und
Wirtschaftswissenschaftler Albert A. Stahel

Keine Sendung verpassen – abonnieren Sie den YouTube-Kanal der Schweizerzeit!

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

11. März 2022

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Aktionen: Michael Trachsel

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melzi, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring,
Isabel Villalon

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelveldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 100.–

Schweizer Medien und der Krieg

Wir alle beobachten mit Sorge das Aufziehen eines militärischen Konflikts in Europa. Dem denkenden Anteil unseres Volkes ist längst sonnenklar, dass sich in der Ukraine mit Russland und der Nato zwei Machtblöcke gegenüber stehen, die beide ihre Interessen durchzusetzen gedenken – und beide darum bemüht sind, ihren Narrativen grösstmögliches Gewicht zu verleihen.

Auf der einen Seite führt die Nato das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine ins Feld, deren Machthaber im westlichen Landesteil eine Annäherung gegen Westen anstreben. Auf der anderen Seite besteht Russland auf frühere Zusicherungen der Nato, die ehemaligen Sowjetstaaten vor seiner Haustür nicht in das westliche Bündnis einzugliedern. Die Nato sieht Russland als den Aggressor, der Einfluss auf die Ukraine nehmen will – die Russen sehen sich von Nato-Staaten je länger desto mehr eingekreist. Dazwischen gibt es ganz viel grau und Nebenaspekte, die zu kennen notwendig sind, um den Konflikt auch nur im Entferntesten irgendwie einordnen zu können.

In Anbetracht der vielschichtigen Hintergründe der Ukraine-Krise ist es einmal mehr umso trauriger, wie unvollständig die Schweizer Medien ihr Volk über den Konflikt informieren. Dass Putin in der westlichen Presse mehrheitlich als der böse Kriegstreiber dargestellt wird, ist da-

bei nichts Neues. Aufgrund der Verbandedlung der EU-Staaten mit der Nato lässt sich immerhin nachvollziehen, dass sie – auch aus historischen Gründen – den Nato-Narrativen nahe steht und Partei ergreift.

Dass sich die Schweizer Medien aber derart plump der Nato-Propaganda anschliessen, ist ein Armutszeugnis und schlicht unverantwortlich. Aus der Krisenregion zugeschaltete Korrespondenten berichten praktisch ausschliesslich aus der Westukraine und der Perspektive westlicher Mächte. Dabei nähren sie konstant das Bild des militärisch immer stärker aufrüstenden Russen, der aus irrationaler Gier nur darauf wartet, endlich einen Krieg vom Zaun zu reissen. Man hat den Eindruck, dass neue Eskalationen – selbst vom Staatssender SRF – boulevardesk und voller Sensationsgeilheit vermarktet werden.

Wo bleibt der so oft beschworene «Haltungsjournalismus» der Schweizer Medienszene? In Zeiten sich anbahnender militärischer Konflikte sollten Schweizer Medien vor allen Dingen ein Ziel haben: Sachlich berichten, deeskalieren und gegenseitiges Verständnis schaffen. Die Schweiz hätte einen grossen Vorteil: Wir haben unsere bewaffnete Neutralität. Schweizer Medien könnten demnach Leuchtturm und Vermittler sein – statt Nato-Anhängsel und Moral-Lehrmeister.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**